

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 99 (2024)
Heft: 9

Artikel: Ukraine : bald neues NATO-Mitglied?
Autor: Goertz, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1063135>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ukraine – bald neues NATO-Mitglied?

Am 30. September 2022 – ein halbes Jahr nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs – brachte die ukrainische Regierung einen Antrag zur beschleunigten Mitgliedschaft in der NATO ein. Die Aufnahme der Ukraine in die NATO ist ein entscheidender Faktor sowohl für den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als auch für den vom «System Putin» begonnenen neuen Ost-West-Konflikt.

Prof. Dr. Stefan Goertz

Beim Streitthema einer NATO-Beitrittsperspektive gab es beim Jubiläumsgipfel der NATO einen Kompromiss. Die NATO sichert der von Russland angegriffenen Ukraine zu, dass sie auf ihrem Weg in das Verteidigungsbündnis nicht mehr aufgehalten werden könne. In der Abschlusserklärung wurde der «Weg zur Mitgliedschaft als unumkehrbar» bezeichnet. Zeitgleich wurde jedoch erneut betont, dass eine «formelle Einladung zum Beitritt» erst ausgesprochen werden könne, wenn alle NATO-Mitglieder zustimmen und alle Aufnahmebedingungen erfüllt sind.

Hängepartie «formelle Einladung»

Der erste Schritt zu einer Aufnahme der Ukraine in die NATO wäre eine «formelle Einladung». Dieser müssten jedoch alle NATO-Mitgliedsstaaten zustimmen. Bisher ist das ein entscheidendes Streitthema innerhalb der NATO. Auch die US-Regierung und die deutsche Bundesregierung («Ampel-Koalition») lehnen es bisher ab, eine «formelle Einladung» an die Ukraine auszusprechen. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz hatte dafür wiederholt das Ende des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zur Voraussetzung gemacht. Mit der Begründung, damit «eine weitere Eskalation mit Russland zu vermeiden». Schon vor Beginn des russischen Angriffskrieges hatte Russland eine mögliche Osterweiterung des NATO-Territori-

ums als «akute Bedrohung für Russland» abgelehnt.

Andere NATO-Mitglieder argumentieren, eine «formelle Einladung» wäre ein weiteres Zeichen des starken Rückhalts für die Ukraine. Der russischen Regierung müsse «klar und deutlich aufgezeigt werden», dass es die Aufnahme der Ukraine in die NATO nicht werde verhindern können.

Ein «Kompromiss» zwischen den beiden Lagern innerhalb der NATO wurde in der Abschlusserklärung des Gipfels mit dem Ziel festgeschrieben, eine formelle Einladung solle dann ausgesprochen werden, «wenn die Verbündeten sich einig

und Voraussetzungen erfüllt sind». Dieser Status quo ist also eine Hängepartie für die Ukraine.

Neben der nicht ausgesprochenen «offiziellen Einladung» wurde von der NATO auch kein konkreter Zeitplan festgelegt. Jedoch nannte die NATO-Abschlusserklärung den NATO-Beitritt der Ukraine «unumkehrbar» und das sei ein wichtiger Schritt, gegen den sich die USA gestraubt hätten, konstatiert Oleksandr Krajew, Direktor des Nordamerika-Programms am ukrainischen Prism Analytical Center des Foreign Policy Council in Kiew. «Wir haben das Problem, dass es keine klaren Bedingungen gibt, wie und unter welchen Umständen das geschehen soll. Es gibt eine Reihe von Kriterien, Reformen und Anforderungen, die die Ukraine machen und erfüllen muss, damit sie als NATO-Mitglied akzeptiert wird.» Dies bedeute, dass der russische Angriffskrieg entweder durch einen Sieg der Ukraine beendet oder dass Russland selbst den Krieg beenden müsse, erst dann könne der «Prozess des vollständigen Beitritts der Ukraine zur NATO beginnen», so Krajew.

Unterstützung für die Ukraine

Die NATO koordiniert künftig von der deutschen Stadt Wiesbaden aus durch ein NATO-Kommando (geführt von einem Drei Sterne-General) Waffenlieferungen und die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte. Das war einer der wichtigsten Beschlüsse des NATO-Gipfels. Das neue NATO-Kommando wird auch als «Vor-



Der ukrainische Präsident Selenskyj und der noch amtierende NATO-Generalsekretär Stoltenberg 2021 vor Beginn des Krieges.



US-Aussenminister Blinken und der ukrainische Aussenminister Kuleba bei einem NATO-Meeting.



Verteidigungsminister der Ukraine und der USA sowie der noch amtierende NATO-Generalsekretär im Juni 2024.

kehrung für den Fall einer möglichen Rückkehr von Donald Trump ins US-Präsidentenamt ab Januar 2025» bewertet. Die NATO sicherte der Ukraine im Juli 2024 neue Militärhilfen im Wert von mindestens 40 Milliarden Euro für das Jahr 2025 - in etwa der Betrag aus 2024 - zu. Zudem soll die Ukraine noch «in diesem Sommer einsatzbereite F-16»-Kampffjets erhalten, wie die Regierungen von Dänemark und der Niederlande verkündeten. Sie hatten bereits vor über einem Jahr eine Kampffjet-Koalition gebildet, die Lieferungen hatten sich aber verzögert. Russland hat bereits auf die angekündigten F16-Lieferungen reagiert. Seit Juni 2024 greifen die russischen Streitkräfte systematisch Militärbasen in der Ukraine an, vor allem

in den Regionen Poltawa Chmelnyzkyj und Kiew. Das britische Verteidigungsministerium setzt diese russischen Angriffe in einen Kontext zu erwarteten Lieferungen moderner Kampfflugzeuge durch westliche Staaten.

Die US-Regierung sagte den ukrainischen Streitkräften auch ein weiteres «Patriot»-Flugabwehrsystem zu. Damit erhalten die ukrainischen Streitkräfte von der NATO insgesamt fünf weitere Systeme zur Verteidigung, zwei weniger als vom ukrainischen Präsidenten Selenskyj gefordert.

Bis zu einem möglichen Beitritt setzt die Ukraine unter anderem auf bislang mehr als 20 bilaterale Sicherheitsabkommen, in denen der Ukraine langjährige militärische, finanzielle und politische

Unterstützung zugesagt werden, beispielsweise finanziell für die Streitkräfte, u.a. in Form von mehr Flugabwehr sowie für den Ausbau der ukrainischen Rüstungsindustrie. Diese bilateralen Abkommen dürfen jedoch nicht mit echten Sicherheitsgarantien verwechselt werden und ersetzen keinen NATO-Beitritt.

Neuer Ost-West-Konflikt

Die US-Regierung kündigte im Kontext des NATO-Gipfels an, ab dem Jahr 2026 wieder Marschflugkörper in Deutschland zu stationieren. Darunter sollen «Tomahawk»-Mittelstreckenraketen mit deutlich mehr als 2000 Kilometern Reichweite, Flugabwehrraketen vom Typ SM-6 und neu entwickelte Überschallwaffen für einen besseren Schutz der NATO-Verbündeten in Europa sein. Wo genau die Waffen stationiert werden, blieb offen.

Die NATO-Staaten formulierten ausserdem eine schärfere Sprache gegenüber China. Sie äusserten sich «tief besorgt» über das Verhältnis Chinas zu Russland im Ukrainekrieg und nannten China einen «entscheidenden Beihelfer» im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Fazit

Ein NATO-Beitritt der Ukraine ist realpolitisch abhängig von der Zustimmung der US-Regierung sowie unter anderem von der deutschen Bundesregierung. Daher wird der Ausgang der US-Präsidentenwahl - Kamala Harris oder Donald Trump im November 2024 - entscheidenden Einfluss auf die Frage haben, wann bzw. ob die Ukraine in die NATO aufgenommen wird. Auch die bisherige Ukraine-Russland-Politik der deutschen Bundesregierung, der «Ampel-Koalition», zeigt, dass eine Zustimmung zu einem Ukraine-NATO-Beitritt vor der nächsten Bundestagswahl - im Herbst 2025 - sehr unwahrscheinlich ist. Der Ausgang dieser beiden Wahlen wird mitentscheidend sein. Die russische Regierung analysiert die Standpunkte von NATO-Mitgliedern wie den USA und Deutschland schon seit vielen Jahren - auch mit geheimdienstlichen Quellen - und antizipiert diese auch. +

Dieser Beitrag stellt die persönliche Auffassung des Autors dar.